

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6182.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gelappten Kolonnen-Zeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Weyh. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionskassa: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908.

Etwas zeitiger als in den Vorjahren konnte der internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentrale, Genosse Legien, seinen sechsten Bericht, der das Jahr 1908 umfaßt, herausgeben. Die vielfach geäußerten Wünsche, den Bericht noch wesentlich zeitiger erscheinen zu lassen, da er so an Aktualität einbüßt, können nicht erfüllt werden; Ende März dieses Jahres ist erst der letzte Bericht beim Sekretariat eingegangen, und trotz der Vorfürsorge einer sofortigen Uebersetzung bedarf die Fertigstellung dieses 16 Seiten umfassenden Berichts doch auch einige Wochen Zeit. Der Bericht repräsentiert sich uns in vollkommener Form. Alle 19 dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder haben diesmal Berichte eingesandt. In dieser internationalen Gewerkschaftsüberblick fehlen nur noch die Angaben von Rumänien, Rußland, Argentinien, Brasilien, Australien und Japan; Länder in denen mehr oder weniger entwickelte gewerkschaftliche Bewegungen vorhanden sind. Nicht nur Deutschland, sondern auch viele andere industrielle Länder hatten unter der Krise des Jahres 1908 zu leiden. Demzufolge weisen die meisten Länder einen Mitgliederrückgang auf. Eine nennenswerte Zunahme an Mitgliedern ist nur in England zu verzeichnen. Ungarn hatte einen beträchtlichen Rückgang der Mitgliederzahl, der zum großen Teil auf die Landarbeiterorganisation entfällt, deren Mitgliederstand von 11838 auf 3563 sank; zudem kommt ein Verlust von 81700 Mitgliedern, den die Gewerkschaften der Industriearbeiter hatten. Die absoluten Mitgliederzahlen sind nicht als Maßstab für die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation eines Landes zu nehmen, sondern das Prozentverhältnis der organisierten zu den beschäftigten Arbeitern kann nur hierfür bestimmend sein. Zuverlässige Angaben sind hierfür jedoch nicht zu machen. Dänemark mit 48 und Schweden mit 40 Prozent Organisierten dürften darin an der Spitze der internationalen Gewerkschaften stehen.

Die dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder rangieren nach der Mitgliederzahl in folgender Reihe: England 2 406 742 (1907: 2 106 283), Deutschland 2 382 401 (2 446 480), Vereinigte Staaten 1 588 000 (1 586 885), Italien 546 650 (387 384), Oesterreich 482 279 (501 094), Frankreich 294 918 (715 576), Schweden 219 000 (239 000), Belgien 147 058 (181 015), Niederlande 128 845 (128 845), Dänemark 120 850 (109 914), Schweiz 113 800 (135 377), Ungarn 102 054 (142 030), Norwegen 48 157 (48 215), Spanien 44 912 (32 612), Finnland 24 009 (32 000), Bulgarien 12 933 (10 000), Kroatien 4520 (8700), Bosnien 3997 (—) und Serbien 3238 (5434). Bei Frankreich war für 1907 die Mitgliederzahl nach dem amtlichen Bericht für 1904 angegeben, während die Zahl für 1908 nur die der Mitglieder der Gewerkschaften ist, welche der Landeszentrale angeschlossenen sind. Die Mitgliederzahl aller Gewerkschaften in Frankreich ist bedeutend höher. Stellen wir hier wiederum die Zahl von 1904 ein und rechnen wir im Vorjahr für Australien und Neuseeland 213 136 Gewerkschaftsmitglieder, so ergäbe sich in diesen 20 Ländern eine Gesamtmitgliederzahl von 9 308 157. Im Vorjahr war diese auf 9 029 980 berechnet.

Wie im Vorjahr geben wir auch jetzt wieder eine spezielle Uebersicht über diejenigen Organisationen des Auslandes, deren Organisationsgebiet sich mit dem unfröhen Verbandes ganz oder teilweise deckt. Daß die Zusammenfassung der ungelerten Arbeiter fast in jedem Lande eine andre ist, erschwert natürlich eine vergleichende, ja selbst eine nur informierende Zusammenstellung außerordentlich. Auch die Anbahnung und Pflege internationaler Beziehungen wird dadurch sehr schwierig gestaltet. Sinsu kommt, daß einzelne Länder in ihren Berichten die Organisationen der einzelnen Arbeiter besonders kurz behandeln. Die nachstehende Uebersicht kann deshalb weder allgemein lückenlos, noch vollständig in ihren Teilen sein.

England hat wie im Vorjahr nur eine allgemeine Uebersicht ohne jede Spezialisierung gesandt, aus der hervorgeht, daß die Zahl der organisierten Arbeiter in England in den letzten 3 Jahren um 500 000 gestiegen ist und Ende 1908 2 406 746 betrug, die zusammen ein Vermögen von 5 630 000 Pfund Sterling (ca. 113 Millionen Mark) hatten. Einzelheiten enthält der Bericht nicht; wir werden in einer der nächsten Nummern in einem besonderen Artikel über die Organisationen der ungelerten Arbeiter Englands berichten.

Frankreich kann infolge der Gewerkschaftszersplitterung nur sehr ungenaue Zahlen liefern. Für uns kommen etwa in Betracht: der Verband der Arbeiter der Händholzindustrie mit 1500 Mitgliedern, der Verband der Steinbrecher und Kalkbrenner mit 1667, der Verband der keramischen Gewerke (darunter sind die Ziegler) mit 3000, der Verband der Del- und Petroleumarbeiter mit 400, der Verband der Arbeiter der Papierindustrie mit 1000 und der

Verband der Arbeiter in Leder- und Lederfabriken mit 2000 Mitgliedern. Das wären reichlich 8000 Mitglieder, die aber wahrscheinlich — wenigstens lassen die auffällig „runden“ Ziffern den Schluß zu — zu einem Teil nur auf dem Papier stehen.

In Belgien haben die unter der Gruppe „Gemischte Organisationen“ zusammengefaßten Verbände schlecht berichtet. Die Papierarbeiter in Saventhem mit 110 Mitgliedern, die Fabrikarbeiter in Antwerpen mit 180 und die Phosphatarbeiter in Doudur mit 54 haben gar nichts mitgeteilt. Nach dem Bericht hatten die gemischten und Hilfsarbeitergewerkschaften am 31. Dezember 1908 insgesamt 3422 Mitglieder. Da im Vorjahr in Belgien ein teilweiser Zusammenschluß der ungelerten Arbeiterverbände erfolgt ist, darf vom nächsten Bericht eine bessere Uebersicht erhofft werden.

In den Niederlanden (Holland) hat der im Jahre 1907 gegründete Fabrikarbeiterverband im Jahre 1908 seine Mitgliederzahl von 600 auf 733 gesteigert. Der Verband hatte im Jahre 1908 4762 Gulden (1 Gulden = 1,70 Mark) Einnahme, 4314 Gulden Ausgabe und am Ende des Jahres 609 Gulden Vermögen. Von den Ausgaben entfallen 308 Gulden auf Streikunterstützung. (Zurzeit [1910] befindet sich der Verband in einer Krise; die Unternehmer bemühten die wirtschaftliche Depression zu einem Feldzuge gegen den Verband, der bei der Jugend der Organisation dieser schweren Schaden zufügte. Wir hoffen, den Bruderverband bald wieder oben auf zu sehen.) — Der Verband der Lumpenarbeiter, der am Jahresbeginn noch 177 Mitglieder zählte, scheint inzwischen eingegangen zu sein.

Dänemark berichtet wie im Vorjahr nur über die Organisationen als Gesamtheit, nicht aber über die einzelnen Verbände. Nach dem Bericht hatten die Gewerkschaften im Jahre 1908 einen Zuwachs von 5815 Mitgliedern; die Gesamtzahl der Mitglieder betrug 1908 96 651. Das Ergebnis der Lohnkämpfe des Jahres 1908 war die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für 19 259 Personen.

Schweden berichtet ausführlich über die Lohnkämpfe der einzelnen Verbände; die Angaben über Mitgliederzahl, Massenparaden usw. fehlen jedoch wiederum. Der Verband der Fabrikarbeiter Schwedens führte im Jahre 1908 insgesamt 323 Lohnbewegungen, von denen 116 am Jahreschlusse noch nicht beendet waren. Das Resultat der Bewegungen war folgendes: durch Lohnbewegungen ohne Streik wurde für 4376 Personen Arbeitszeitverkürzung und für 19 469 Personen Lohnerhöhung erreicht; die Streiks und Aussperrungen brachten für 1148 Personen Arbeitszeitverkürzung und für 6818 Personen Lohnerhöhung.

Norwegen berichtet sehr eingehend über den Stand der einzelner Organisationen. Der Verband der ungelerten Arbeiter hatte Ende 1908 in 298 Zweigvereinen 25 275 Mitglieder. Sehr gut ist in diesem Lande, wenigstens in manchen Branchen, die prozentuale Stärke der Organisation. So waren organisiert:

in Kalk-, Zement- und Mörtel-fabriken	43,33 Proz. der Arbeiter
der chemischen Industrie	42,61 " " "
Papierindustrie	59,16 " " "

In Ziegeleien waren allerdings nur 7,06 Prozent organisiert; diese Betriebe scheinen auch in Norwegen Schmerzenskinder der Organisation zu sein. Lohnbewegungen führte der Verband insgesamt 68 mit 10 735 Beteiligten; davon 43 mit 4104 Beteiligten ohne Arbeitszeinstellung. Der Prozentsatz der Bewegungen, bei denen es zum Streik kam, ist hier ziemlich hoch. Die Kosten der Streiks betragen 379 920 Kronen (1 Krone = 1,12 Mk.). — Der Verband der Händholzarbeiter, der Ende 1907 nur noch 83 Mitglieder hatte, scheint eingegangen zu sein.

Finnland hat trotz der wirtschaftlichen Krise und der wütenden Angriffe der Unternehmer das Jahr 1908 gut überstanden. Der Verband der Papierarbeiter hat allerdings, infolge der für die noch junge Organisation überaus schweren Kämpfe des Jahres, erheblich an Mitgliedern verloren. Ende 1907 zählte der Verband 3500, Ende 1908 2380 Mitglieder. Von den 19 115 Mk. Ausgaben des Verbandes entfallen 5828 Mk. auf Arbeitskämpfe und 4665 Mk. auf Unterstützung an Arbeitslose. Das Vermögen des Verbandes betrug am Jahreschlusse 10 880 Mark. — Der Verband der Sägemühlensarbeiter hatte Ende 1908 2470 Mitglieder und 12 540 Mk. Vermögen.

Ueber unsere Bruderverbände in Oesterreich haben wir laufend berichtet, so daß wir hier von einer Wiederholung absehen können. — In Ungarn ist die Gewerkschaftsbewegung, wie schon einleitend bemerkt, erheblich zurückgegangen. Der Verband der chemischen Industriearbeiter zählte Ende 1908 nur noch 318 Mitglieder gegen 600 am Schlusse des Jahres 1907 und 1965 Ende 1906. Der Verband nahm 2866 Kronen (1 Krone gleich 85 Pfennig) ein und gab 2756 Kronen aus, so daß er mit einem Kassenbestand von 110 Kronen in das Jahr 1909

eintrat. — In den kleineren slavischen Ländern und in der Schweiz fehlen dem deutschen Fabrikarbeiterverbände entsprechende Organisationen.

In Italien ist der Verband der Arbeiter der chemischen Industrie erheblich in der Mitgliederzahl zurückgegangen. Ende 1907 führte der Verband 4346, Ende 1908 nur noch 1770 Mitglieder. Die Einnahme betrug 1998, die Ausgabe 1891 Franks (1 Fr. = 80 Pf.). Die Rechnung nach Franks im Bericht scheint auf einem Irrtum zu beruhen; wahrscheinlich soll es Lire heißen. Ein Lire hat ebenfalls 80 Pf.). Aus diesen Einnahmen können natürlich weder Kämpfe geführt, noch sonstige Unterstützungen gezahlt werden. Bei Streiks werden die Kosten durch Sammlungen aufgebracht.

Zum erstenmal berichten die nunmehr der Internationale angeschlossenen Gewerkschaften der Vereinigten Staaten von Amerika. Tatsächliche Angaben über den Stand und die Leistungen der amerikanischen Gewerkschaften bringt der Bericht sehr wenig. Mit dem eingeschlossenen halben Duzend Gomperscher Programmreden läßt sich gar nichts anfangen, und der polemische Ton in den allgemeinen Ausführungen steigert den Wert des Berichts in keiner Weise.

Ueber die deutschen Gewerkschaften zu berichten, können wir uns in diesem Zusammenhange versagen.

Zusammenfassend können wir den 6. Bericht über die internationale Gewerkschaftsbewegung als ein erfreuliches Dokument wachsenden Einflusses, organisatorischer Fortbildung und finanzieller Kräftigung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung bezeichnen.

Ein freudiges Ereignis.

Das sich von den allgemein, wenn auch oft nur mit bitterer Ironie, unter dieser Bezeichnung verstandenen Ereignissen wesentlich unterscheidet, haben wir in der letzten Nummer des „Proletariers“ verheißentlich zu verkünden unterlassen. Der trostlose „Wahlrechtsbalken“, den die preußische Regierungswissenschaft geboren und „Wahlrechtsvorlage“ getauft hatte, ist in den Schoß seiner Erzeugerin zurückgekehrt. Der preußische Landtag und das Herrenhaus, zwei parlamentarische Krüppelgeheime, waren mit der schwierigen Aufgabe betraut, dem unrateneren Schöpf eine ästhetisch und moralisch weniger anstößige Form zu geben. Das ist ihnen nicht gelungen. Das konnte ihnen auch nicht gelingen; denn gegen das Grob der geborenen oder per Besch und Sequenz ausgenadelten Leibarzte des preußischen Volkes ist, um im Wilde zu bleiben, Dr. Eisenbart eine medizinische Kapazität.

Das preußische Volk hat keinen Anlaß, diesen Ausgang zu bedauern. Denn diese Reform hätte das elendeste aller Wahlsysteme nur noch verflechtet und den Weg zu einer wirklichen Reform versperrt oder doch erschwert. Deshalb ist es gut, daß der Entwurf verschwunden und die Bahn zu einer wirklichen Reform wieder frei ist. Wenn die Regierung glaubt, nunmehr ihr „altes bewährtes Wahlsystem“ als Einrichtung von Dauer ansehen zu dürfen, so irt sie. Das Volk wird nicht verkommen in seinem Protest, nicht erlahmen in seiner Agitation, nicht nachlassen mit seiner Forderung, bis das elende preußische Dreiklassenwahlrecht ersetzt ist durch ein Wahlrecht, das den Menschen und nicht den Geldbeutel in den Mittelpunkt des Staatslebens rückt.

Ueber die Einzelheiten der Vorlage und des Begräbnisses hier zu berichten, scheint überflüssig. Unse Mitglieder haben darüber aus den Tageszeitungen alles Nähere erfahren. Wir konstatieren nur das Begräbnis und schließen unseren Nachruf mit den Worten: Die Wahlrechtsvorlage ist tot; es lebe die Wahlrechtsreform!

Wirtschaftliche Umschau.

Hausse am Kautschukmarkt. — Günstige Aussichten in der Gummiwarenindustrie. — Kursentwicklung. — Rentabilität. — Ausschichten in der chemischen Industrie. — Steigerung der Ausfuhr. — Höherbewertung der Dividendenpapiere. — Arbeitsmarkt. — Aussichten für die Arbeiter.

Die Gummiwarenindustrie erfreut sich verlockender Aussichten. Allerdings, zurzeit erschaffen aus ihr bewegliche Klagen. Der Preis für ihr Rohmaterial ist in der letzten Zeit enorm gestiegen. Wie andre Rohmaterialien (Baumwolle, Leder, Metalle, Zucker) hat sich die Spekulation auch des Rohgummis bemächtigt. Während das Rohgummi vor ca. 10 Jahren 2 sh. notierte, war der Preis in England vor einigen Wochen bis auf 12 sh. 10 d. hinaufgeschwollen. In den letzten Tagen des Mai trat dann wieder eine Ermäßigung bis auf 10 sh. ein.

Die in Rohmaterial herrschende Hausse benutzten die Gummiwarenfabriken schon zu wiederholten Preisserhöhungen. Aber noch fortwährend klagen sie über unzulängliche Verkaufspreise. Und obwohl die Hausse bereits einer rückläufigen Bewegung hat weichen müssen, verlangen die Gummiwarenfabriken noch immer weitere Aufschläge. Die Fabriken wittern Bombengeschäfte. Wichtig ist, daß Verkaufspreise den Rohmaterialpreisen in ihrem überstürzten Aufstiege nicht Zug um Zug folgen konnten, aber sie werden auch sicherlich nicht dem Preisrückgang des Rohmaterials folgen. Gerade bei einem Nachlassen der Rohmaterialpreise fängt die gute Konjunktur der Gummiwarenfabriken an, weil sie den erlangten hohen Preisstand noch lange in Wirksamkeit lassen.

gehörigen Inventars nicht nur eine unparteiliche Handlung, sondern auch ein kraftvolles Vergehen. Die Delegierten fordern daher die neugewählte Verbandsleitung auf, alle Mittel und Wege einzusetzen, damit die Verbandsmitglieder zu ihrem rechtmäßigen Eigentum gelangen. Die Generalversammlung findet endlich die Ausschließung der dem Verbands schädigenden schleichenden Vertrauensmänner aus dem Verbands und die sofortige Entlassung der treuhänderischen schleichenden Angestellten für vollkommen berechtigt und spricht dem scheidenden Vorstand für sein im Interesse der Mitglieder des Verbandes energisches und gewissenhaftes Vorgehen das vollste Vertrauen und die Anerkennung aus.

Die Generalversammlung beschließt ferner: Der Vorstand des Verbandes wird beauftragt, an alle jene Ortsgruppen, welche aus dem Verbands ausgetreten sind, die Aufforderung zu richten, daß sie auf Kosten des Zentralverbandes die ihm gehörige Bibliothek, sowie das ihm gehörige gesamte Inventar an die Zentrale des Verbandes in Wien binnen 14 Tagen einzusenden haben.

Desgleichen ist an die gewesene Exekutive in Prag, sowie an den gewesenen schleichenden Sekretär und ebenso an den Redakteur die Aufforderung zu richten, das gesamte Inventar des Sekretariats an den Zentralverband Wien VI, Gumpendorferstraße 62, binnen 14 Tagen einzusenden, widrigenfalls der Verband gezwungen wäre, das Eigentum seiner Mitglieder auf anderem Wege einzutreiben zu lassen.

In seiner Begrüßungsrede betonte Kollege Brey, daß unsere Organisation es ablehnen werde, mit den Organisationszerstörern in irgend ein Gegenseitigkeitsverhältnis einzutreten.

Aus den gefassten Beschlüssen hat der besonderes Interesse, welcher sich um die Gestaltung des Beitrags dreht. Die Beiträge sind durchweg um 3 Heller erhöht worden; davon fließt 1 Heller dem Solidaritäts-Fonds zu. Der erhöhte Beitrag wird bereits ab 1. Juli erhoben. Die Unterfertigungsätze bleiben wie bisher, nur jene für Gemäßregelte werden etwas erhöht. Bei Streiks soll in Zukunft darauf gehalten werden, daß mindestens 80 Prozent der im Betrieb beschäftigten Arbeiter bezugsberechtigt organisiert sind, das heißt 52 Wochenbeiträge geleistet haben. Der Punkt: „Die Gesundheitsgefahren in der chemischen Industrie“ kam nicht mehr zur Verhandlung. Nach zweitägiger Verhandlung wurde die Generalversammlung mit einem Hoch auf die Entwicklung und das Gedeihen des Verbandes geschlossen.

Zum Verbandstag.

Die bis jetzt gepflogenen Aeußerungen der Kollegen im „Proletarier“ veranlassen auch mich, das Wort zu ergreifen.

Der Kollege Adolfer-Altenburg und andre empfehlen eine Beitragserhöhung von 10 bzw. 5 Pfennigen. Ich bin ein Gegner jeder Beitragserhöhung, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ich nicht glaube, daß die Finanzgebarung unserer Verbandskasse dadurch besser wird. Denn wenn der Beitrag erhöht wird, muß auch die Erwerbslosen-Unterstützung erhöht werden, und diese würde die Mehreinnahme verschlingen. Dem Streikfonds, dem wir unser Hauptaugenmerk zuwenden müssen, würde bitter wenig zustoßen. Daß dem so ist, das haben wir dem Münchner Verbandsstag zu verdanken, denn er ist es gewesen, der durch die Schaffung des erhöhten freiwilligen Beitrags dazu beigetragen hat, daß, wenn wir jetzt den Beitrag erhöhen, auch die Unterstüzung erhöht werden muß. Es wäre besser gewesen, wenn man in München von dem freiwilligen Beitrag abgesehen und den Beitrag allgemein erhöht hätte, dann wären die erhöhten Unterstützungen fortgefallen und der Mehrbeitrag läme dem Streikfonds zugute. In diesem Falle hätte auch ich gegen die Erhöhung der Beiträge nichts einzuwenden, denn unser Bestreben kann und darf doch nicht nur darauf gerichtet sein, den Kollegen hohe Erwerbslosen-Unterstützung zukommen zu lassen, sondern ihnen ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern. Oder ist der freiwillige Beitrag eingeführt worden, um jetzt eine allgemeine Beitragserhöhung leichter zu ermöglichen? — Dann schreibt Kollege Adolfer, daß wir gleich andern Verbänden größere Mittel bereitzustellen sollen zur Führung von Streiks. Ja, Kollege Adolfer, rechne nur aus, wieviel durch die Erhöhung der Beiträge dem Streikfonds zusteigt, dann wirst du finden, daß es nur ein Tropfen auf einen heißen Stein ist. Aufgabe des nächsten Verbandsstags muß es also sein, sich mehr mit dem Streikfonds als dem Unterstützungs-fonds zu befassen. Ebenso erachte ich es für eine unbedingte Notwendigkeit, daß die zweimonatige Anmeldefrist bei Streiks befristet wird. Wenn es früher bei einem kleineren Beamtenapparat, möglich war, diese Angelegenheit in vier Wochen zu prägen, so muß es heute bei einem weit größeren Beamtenapparat möglich sein, daselbe in drei Wochen zu erledigen. Zudem kommt doch in Frage, daß man doch nicht immer wissen kann, ob nach zwei Monaten ein Streik notwendig ist oder ob der Geschäftsgang der in Frage kommenden Firma ein günstiger sein wird. Auf der andern Seite kommt dann noch in Betracht, daß oft ein Streik, der heute so günstig steht, daß er mit wenigen Mitteln durchgeführt werden könnte, d. h. mit vollem Erfolg, nach Verlauf von weiteren sechs Wochen schon unmöglich sein kann. Denn auch der Unternehmer hat alsdann Zeit genug, um sich vorzubereiten. Und daß er bei einer so langen Dauer nichts davon erfährt, wird man doch nicht ernstlich zu behaupten wagen. So könnten noch eine Reihe anderer Umstände angeführt werden, die dafür sprechen, daß die Anmeldefrist auf höchstens vier Wochen herabgesetzt werden muß. Oder soll die zweimonatige Frist eingeführt werden, damit die Streiks vermindert werden? Man kann es wohl begreifen, daß einige unserer Beamten damit zufrieden sind, die Leichtigkeit auch nicht dagegen hätten, wenn man den Streik dahin schaffte, wo die Metallarbeiter die Maßfänger hingelassen haben. Ich glaube aber im Sinne der Mehrzahl zu handeln, wenn ich auspreche: fort mit der zweimonatigen und her mit der höchsten vierwöchigen Anmeldefrist bei Streiks.

Mit dem Vorschlage des Kollegen A. F. Mannheim, die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung betr., bis ich einverstanden. Nun möchte ich nicht, daß die Arbeitslosenunterstützung um 20 Pf. erhöht werden soll; ich halte es für richtiger, daß die Krankenunterstützung um 20 Pf. erniedrigt wird, und zwar so, daß bei einer Beitragsleistung von 40 Pf. pro Woche nach Entrichtung von 52 Wochenbeiträgen eine Unterstüzung von 80 Pf. pro Tag gewährt wird. Diese steigt bis zur Höchstsumme von 1,30 Pf. pro Tag. Daselbe müßte auch bei dem 50-Pf.-Beitrag eingeführt werden. Die Begründung hierfür hat der Kollege A. F. gegeben. Ich glaube, daß die Kollegen, wenn sie wissen, daß dieses Geld dem Streikfonds zugeführt wird, nichts dagegen haben würden. Der Kollege Adolfer-Fette-Freivaldau empfiehlt uns den Staffelleit. Darüber ließe sich reden. Aber die Staffellung, wie sie uns Kollege Fette vorschlägt, ist von vornherein unannehmbar, denn die statistischen Erhebungen unseres Verbandes zeigen uns, daß von den sich an der Statistik beteiligenden Kollegen nur 4225 bis 15 Pf. pro Woche verdienen, während 24 294 bis 20 Pf. und 44 529 über 20 Pf. verdienen. Da nun die weitau größte Zahl der Kollegen über 20 Pf. pro Woche verdient, so wäre das für dieselben eine Mehrbelastung von 20 Pf. pro Woche. Da wäre es schon notwendig, daß die Beiträge so gestaffelt würden, daß bis 21 Pf. Wochenverdienst 40 Pf., bis 26 Pf. 50 Pf. und darüber 60 Pf. zu zahlen wären. Eine bessere Einteilung dürfte kaum zu finden sein, wenn Staffelleit eingeführt werden sollen. Besser ist es aber, wenn sie noch für längere Zeit an den Nagel gehängt werden.

Den schönsten Tenor singt der Kollege Lindenbergs-Edln. Seine Parole lautet: Mehr Beamte! Danach erblickt er das Ziel einer Organisation in der Anstellung von Beamten. Wenn wir nach dem Rezept verfahren, dann fürchte ich, daß wir aus dem Arbeiterverband einen Beamtenverband schaffen würden. Der Kollege Lindenbergs hält uns als Muster die gegnerischen Gewerkschaften vor und meint, der Beamte müße so nahe wohnen, daß er auf einen Wink zur Stelle ist. Danach müßten wir vor jedes Fabrikator einen Beamten, postieren dann hätten wir die Gegner noch überkampt. Ich meine, das kann nicht unsere Aufgabe sein. Wenn uns die Gegner als Muster dienen sollen, so müßte ich die

Frage aufwerfen: Hat der Kollege L. noch niemals einen Geschäftsbericht der Gegner zu Gesicht bekommen? Daraus geht doch mit aller Deutlichkeit hervor, daß sie Unsummen von Geld nur für Beamtengehälter, Spesen usw. ausgeben, und daß sie über zum Streiken kein Geld haben. Ich will alle diese Fälle nicht aufzählen, da ich annehme, daß sie einem jeden unserer Kollegen, die agitatorisch tätig sind, bekannt sind. Und diesen Herren sollen wir nachsehen? Ich sage Nein und dreimal Nein! Dazu haben wir keine Verantwortung. Wir wollen keine Beiträge zahlen, um ein großes Beamtentum zu schaffen, sondern um unsre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Ich habe durchaus nichts gegen die Anstellung von Beamten, aber nur so viel, als unbedingt notwendig sind.

Dann verlangt der Kollege L. Teilung der Güter. Das hat der Münchner Verbandsstag zur Genüge getan, so daß dafür kein Bedürfnis mehr vorhanden ist. Zudem haben alle größeren Zahlstellen Sozialbeamte, so daß der Sozialleiter seine Kraft nur den kleineren Zahlstellen zu widmen hat. Außerdem stehen uns sonst noch Kollegen zur Verfügung, die ihre Kraft in den Dienst des Verbandes stellen. Und mit den großen Kämpfen, die unsern Verbands in Rheinland und Westfalen bevorstehen, da hat es noch eine gute Weile Zeit. Daß unsre Beamten oft schwere Tage haben, gehe ich ohne weiteres zu, aber das haben die Kollegen in der Fabrik und in der Werkstatt auch. Ich möchte sagen, die letzteren haben es alle Tage schwer. Also auf Rosen gebettet sind wir alle nicht. Und wenn man einwenden will: ja, geistige Arbeit ist schwerer, so ist es doch jedem freigestellt, zur körperlichen Überlegenheit zu kommen. Ebensovienig kann ich mich für den Kollegen L. vorgeschlagenen Markenchein begeistern. Es mag gut gemeint sein, aber durchführbar ist es nicht. Denn dadurch wird den Hauskassierern eine zu große Verantwortung auferlegt. Nehmen wir einmal an, der Hauskassierer hat 100 Kollegen zu kassieren, so muß er schon auf Grund der Markencheine 1300 Marken bei sich führen. Heute sieht man darauf, daß jedem Hauskassierer so wenig Marken wie möglich mitgegeben werden. Nachher soll er aber mehrere 100 Marken mitführen. Na, ich meine, wir wollen nicht so leichtfertig handeln, denn es kann alsdann sehr leicht geschehen, daß auf die eine oder andre Art Marken verloren gehen, wofür aber nicht der Kollege L., sondern der betreffende Hauskassierer die Verantwortung tragen muß. Hat der Kollege L. bis hierher gezeigt, daß er den Wert des Geldes nicht zu schätzen weiß, so legt er dem Wert der Krone auf, wenn er meint, daß wir die Marken nebst den Scheinen von vergessenen oder abgereisten Kollegen dem Hauptvorstand zur Vernichtung überweisen sollen. Das könnte noch so etwas werden! Wir bedenken uns in der höchsten Form dafür, das Geld auf diese Weise fortzuwerfen. Es könnten auf diese Weise unter Umständen Tausende, wenn nicht gar Hunderttausende vernichtet werden. Es ist besser, wir behalten die Streikkarten. Was die Kontrolle anbelangt, so würde diese nicht besser sein. Denn der Kollege, der es heute unterläßt, den Streik auf der Karte zu machen, der würde es auch unterlassen, gerade von dem für den Kollegen Aug. Schulte bestimmten Markenchein eine Marke abzutrennen. Ebenso kann eine Verwechslung vorkommen usw., so daß auch hier eine Kontrolle, wie sie gewünscht wird, nicht möglich wäre.

Die Ausführungen des Kollegen F. Leidner kann ich, mit Ausnahme seines Vorschlags über die Staffellung der Beiträge, unter-schreiben.

C. A. d. a. u., Mülheim am Rhein.

Betrachten wir uns die finanzielle Lage unsres Verbandes in letzter Zeit, so können wir nicht sorgenlos in die Zukunft blicken; wir müssen bedenken, daß wir jetzt im Anfang einer besseren Wirtschaftperiode stehen und alles daran setzen müssen, um in Gegenden einzudringen, welche uns in den Krisenjahren so gut wie verschlossen waren. Wollen wir uns aber freijäh und frei aus Welt machen, so dürfen wir nicht immer in unsern Beuteln sehen, ob es noch lang oder nicht. Mit andern Worten: die größere Entfaltung unsrer Macht stellt uns vor größere Ausgaben, mit denen wir rechnen müssen. Ich kann mich den Vorschlägen des „Sprachrohres“ in Altenburg vollständig anschließen, um so mehr, wenn es wahr ist, daß der Hauptvorstand mit dem Gedanken kreben geht, die Prozente in den Zahlstellen zu vermindern. Wir, die wir noch fern von Hannover sind und wissen, welche Mühe und Opfer es heutzutage kostet, eine Zahlstelle vorwärts zu bringen, können nur sagen: die Hände davon! Denn in den Zahlstellen geht es gerade wie in Hannover: wenn kein Geld da ist, sind auch keine Leute da, die die Arbeit machen, und alle Lieb und Lust zum Vorwärtsschreiten ist dahin. Ich glaube auch, daß man das, was man in einer Zahlstelle holt, in die andre wieder hineinsteckt. Ich glaube, daß der diesjährige Verbandsstag ganz gut die Beitragsleistung um 5 Pf. pro Woche hinausschrauben kann; früher oder später muß es doch sein, und so können wir die gute Zeit besser ausnutzen, ehe wir durch die Finanzlage dazu gezwungen werden. Ich schreibe dieses, obwohl ich nicht Verbandsbeamter bin und mit meinem Gelde auch sonst weiß wofür, einfach in der Ueberzeugung: besser vor- als nachbauen. Wenn Kollege Leidner sagt: dann können wir nicht mehr in rückständigen Gegenden agitieren, so müssen eben auch hier Mittel und Wege gefunden werden. Die Er-fahrung hat uns aber bis jetzt gelehrt, daß der Verband seit Erhebung höherer Beiträge an Größe zugenommen hat, und wir wollen hoffen, daß es so bleibt. Für die Einführung von Staffelleitungen müßte auch ich eintreten. Gleichzeitig hege ich aber Bedenken, ob diese alle so großen Nutzen bringen wird. Speziell für die Papierarbeiter hege ich Zweifel, obwohl ich weiß, daß es hier am nötigsten wäre, denn in meiner jahrelangen Agitation unter den Leuten war immer der hohe Beitrag das Uebel. Daß die Papierarbeiter, wenn sie wollen, den Beitrag zahlen können, liegt außer Zweifel; denn wir sind in Gegenden eingewurzelt, wo vordem alles öde und traurig aussah. Wir müssen jedoch bei Einführung der Staffelleitungen mit der damit verbundenen Mehrarbeit unsrer Verwaltung rechnen, und wer an die alte herrliche Zeit zurückdenkt, wo wir uns bei der Abrechnung über vier- bis fünfzig Marken freuen durften, wird wenig Lust haben, wieder mitzumachen, um so mehr, da die heutige Arbeitsleistung eine größere geworden ist. Ich glaube aber auch, daß im Himmelstreich des Kollegen Leidner, wenn wir mit 15 Pf. Beitrag kommen, ebenfalls nicht viel zu holen ist. Recht muß ich dem Kollegen Leidner in der Vermittelungsfrage geben und zugleich hoffen, daß der Verbandsstag sich etwas näher damit befassen möchte. An und für sich heize ich die Vermittelung einzelner Zahlstellen im Interesse des Verbandes für notwendig, nur gelte man mit den gegebenen brüderlichen Verhältnissen rechnen müssen, statt vom grünen Tisch der Zentralgewalt zu diktieren. Es ist doch keine wehrliche Geschäftsleitung, wenn man die Zahlstelle Neuland, welche im Zentrum eines großen Agitationsgebietes liegt, als Schwanz an eine der größten Zahlstellen des Ganges anhängt, anstatt von hier aus die Agitation zu betreiben und die Verbindungen in der Hand zu halten. Jetzt müssen erst die leitenden Kreise von Ludwigshafen beraten, und die hätten doch am Orte genug zu tun. Es wird eben wieder einmal ein Mittel geweien sein zur Erleichterung der Geschäfte. Man bestift ja in Hannover ziemlich gute Findungsgabe; die Zahlstellenverwaltungen haben leider um so mehr Arbeit und Verdruß. Auch von den Markencheinen des Kollegen Lindenbergs-Edln befürchte ich ähnliche Folgen; denn was jetzt schon alles für Bürokratenzungen in den Zahlstellen rumschwebt, ist mehr als genug. Ein richtiger Kassierer weiß genau, wo seine Drückerberger liegen, ohne daß wieder ein halber Bandalenber in seiner Schußweite den Platz verperrt. Wir wollen hoffen, daß uns der diesjährige Verbandsstag, indem er das Große und Ganze im Auge faßt, ein Stück weiter zu unserm Ziel führt, und dazu gehört Geld; auch für ihn wird es heißen: Suchet, so werdet ihr finden!

Aus der Zement- und Ziegelfindustrie. Schutzzoll für Zement.

Zu den wenigen Artikeln, die heute noch unversorgt die heimische Grenze passieren können, gehört auch der Zement. Das ist wohl hauptsächlich dem Umstand zuzuschreiben, daß der Zement kein Nahrungsmittel und kein Produkt der ostelblichen Jucker ist. Wohl wurde bei der Beratung des Zolltarifs auch die Frage eines Zement-

zoll erwogen und auch in den Tarif aufgenommen, später aber bei den Handelsvertragsverhandlungen als Ausgleichsobjekt wieder fallen gelassen. Der geringe Profitrückgang der Zementindustrie im Jahre 1909 hat die Zementfabrikanten nun wieder von neuem aufleben lassen. Das Rheinisch-Westfälische Zementyndikat in Bochum, als Vertreterin der westdeutschen Zementindustrie, hat der dortigen Handelskammer umfangreiches Material zugehen lassen mit dem Wunsche, bei der nächsten Erneuerung der Handelsverträge auf Einführung eines Schutzzolles für Zement hinzuwirken. Als Sollsatz sind für 100 Kilogramm 0,50 M. vorgef. Die Handelskammer Bochum ist nun dem Wunsche des Syndikats nachgekommen, indem sie mittels Rundschreibens sämtliche Handelskammern für diese Frage zu interessieren sucht.

Das Rundschreiben weist darauf hin, daß die Mehrzahl der europäischen Länder einen Einfuhrzoll auf Zement schon erhebt, so daß die Forderung der deutschen Zementindustrie nach einem mäßigen Schutzzoll als berechtigt betrachtet werden müsse. Besonders der Wettbewerb der belgischen Zementfabriken wird als drückend empfunden, da diese in manchen Beziehungen besser gestellt seien, als die deutschen Zementfabriken. Das Syndikat führt an, daß die belgischen Zementfabriken meistens an Wasserstraßen gelegen seien und dadurch sehr niedrige Transportkosten nach Deutschland hätten, daß ferner die belgischen Eisenbahnen der Zementindustrie Ausnahmetarife für Exportsendungen gewährten, und drittens hätten die belgischen Zementfabriken mit geringeren Produktionskosten zu rechnen, da sie die Kohlen auf dem Wasserwege bezögen, niedrigere Arbeitslöhne zahlten und endlich nicht mit Arbeiterzuschüssen belastet seien. Die Einfuhr von ausländischem Zement sei in den Jahren 1903 bis 1909 von 498 229 Doppelzentnern auf 2 241 783 Doppelzentner gestiegen, wovon aber die Hälfte von Belgien geliefert sei. Demgegenüber sei die Ausfuhr deutschen Zements in den letzten Jahren bedeutend zurückgegangen. Soweit das Rundschreiben der Handelskammer Bochum.

In der „Töpfer- und Zieglerzeitung“ wird sehr richtig darauf hingewiesen, daß die belgische Zementindustrie ihren Aufschwung ohne Schutzzoll genommen habe, und daß auch zahlreiche deutsche Zementfabriken an den Wasserstraßen liegen. Daß sich der belgische Zement auf dem deutschen Zementmarkt so gut einführen konnte, ist weniger auf die oben angeführten Vergünstigungen zurückzuführen, als auf die verkehrte Preispolitik, die in den letzten Jahren von den deutschen Zementfabriken getrieben wurde. Durch das künstliche Steigern und Hochhalten der Preise ist erst der Wettbewerb des belgischen Zements möglich geworden. Die Unerschlichkeit der Zementbarone hat die ausländische Konkurrenz wettbewerbsfähig gemacht, nicht die Arbeitslöhne und sozialen Lasten, diese sind doch so minimal, daß ihre Heranziehung zur Begründung des Schutzzolles einfach lächerlich wirkt.

Die „guten“ Ziegelmesser.

Wenn man die Herren vom „Gewerkverein der lippschen Ziegler“ von den Ziegelmessern sprechen hört, dann könnte man glauben, die Ziegelmesser seien alle die reinsten Engel. Was es damit in Wirklichkeit auf sich hat, illustriert recht deutlich der nachfolgende, genau nach dem Original abgedruckte Brief eines lippschen Ziegelmessers, der dem Gewerkverein sehr nahe steht.

Heipfe, 17/12 1909.

Hieber Heinrich Großhe! Deinen Brief habe ich erhalten. Gest schreibst Du mir daß der eine Mann auch mit wolle aber wie ist der schon auf Dampf, gewesen? Wie Du ja weißt gibt es alles per 1000 bezahlt, Du und Johann a 1000 19 Pf. Dein Bruder muß in den Jahren (aussehen) bekommt auch per 1000 18 Pf. Conrad Schäfer absehen in die Gerüstoberlatten per 1000 19 Pf. Den Mann den du da noch hast löste ja auch noch mit lomm müße den aber mit beim Oem zum Ausschleiben bekommt mit 2 Mann per 1000 75 Pf. müßen den aber wen stark Furchwerk kommt schnell mit aus den Stapel laden. Wen sie sonst beim Oem muß müßen und andere Arbeit tuhn per Stunde 35 Pf. Wer was viel den Christoph Kobenstod machen will selbiger als 2ter Osenfeger kommen. Die Osenfeger bekommen 40 Pf. per 1000 mit 2 Mann. Den kannst Du auch noch einen Jungen mit bringen zum Kochen muß aber 14 Jahre als sein selbiger bekommt per Tag 200 M. mus Morgens lochen und alles Heine machen und Nachmittags andre Arbeit machen. Gest kauft Du mir gleich wieder schreiben ob die Leute das alles so annehmen wollen Den werde ich Dir ein Vertrag zusenden Den müßen den die Leute unterschreiben. Die Hauptbedingung ist das sämtliche Leute aushalten müßen von Anfang bis Ende. Den Kündigung gibt es in dieser Zeit nicht. Zahlung ist jeden Monat fall nur muß jeder Arbeiter von den 1 Monat 15 M. von den 2 Monat 10 M. von den 3 Monat 5 M. stehen lassen dieser Betrag wird erst am Schluss der Campaigne ausgezahlt. Aber folge Leute die die Bedingung nicht erfüllen beziehungsweise nicht aushalten wird der Betrag nicht ausbezahlt. Krankheiten sind ausgeschlossen also schreib mir sofort wieder Retour, werde nach Johann auch schreiben.

Mit beste Grüße an euch alle

Friedr. Limberg.

Abgesehen von dem schlechten Deutsch, für das aber nicht der Mann, sondern die Schule hauptsächlich die Schuld trägt, ist das Schreiben, das an einen Ziegelproleten in Thüringen gerichtet war, auch sonst interessant. Die angegebenen Lohnsätze sind, das wird jeder Kenner der Ziegelerarbeit bestätigen, soch miferable, daß es schier unmöglich ist, damit einen auch nur einigermaßen auskömmlichen Verdienst zu erzielen. Da soll z. B. ein Mann für das Laufend in die Gerüste zu setzen ganze 19 Pf. bekommen. Will der Betreffende dann pro Tag 4 M. verdienen, so muß er nicht weniger als 21 000 Steine bewältigen, eine Leistung, wie sie nur von solchen Arbeitern erreicht wird, die eine ganz hervorragende Fertigkeit besitzen.

Das Interessante an der ganzen Sache aber ist, daß der „Arbeiterfreundliche“ Meister, als die Ziegler angekommen waren, mit einem Male einfach, daß er die Herstellung der Ziegelfeine zu billig übernommen hatte. Die Folge war, daß er den Arbeitern erlöbte, er könne den versprochenen Lohn nicht zahlen! Damit waren nun freilich die Ziegelproleten nicht einverstanden. Sie zogen es unter diesen Umständen vor, die gästliche Stätte zu verlassen, ohne sich an die famose, geradezu gegen die guten Sitten verstoßende Bestimmung, daß ihnen 30 M. abgezogen werden sollten, zu kümmern.

„Meister und Gesellen gehören zusammen!“ „Die Interessen der Gesellen laufen denen der Meister parallel!“ „So klingt es im Winter in den Zieglerversammlungen aus dem Munde der Gewerksvereinsredner.“ Die Vertreter der freigewerkschaftlichen Organisation, des Fabrikarbeiterverbandes, aber nennt man „Feger“ und „Schürer der Unzufriedenheit“, weil sie den Ziegler von Augen halten, daß es eine Unzufriedenheit ist, zu sagen, die Ziegler müßten mit den Meistern an einem Strang ziehen. Hier beweist wieder ein Meister, der, wenn wir nicht sehr irren, Mitglied des Gewerksvereins ist, wie recht wir mit der Forderung einer getrennten Organisation haben.

Vorsichtige Solidarität.

Der Arbeitgeberverband der Ziegelerien Rheinlands hielt am 19. Mai in Köln eine außerordentliche Generalversammlung ab. Grund der Einberufung war der Kampf im Baugewerbe. Der Ausschuß des Zentralverbandes der Ziegelerien Deutschlands hat, wie wir schon mitteilen, am 23. April in Kassel zum Kampf im Baugewerbe folgende Resolution gefaßt:

„Die heutige Ausbühnung des Zentralverbandes der Ziegelerien Deutschlands ist vollständig überzeugt von der Notwendigkeit und der Bedeutung des gegenwärtigen vom Baugewerbe durchzuführenden Kampfes und richtet deshalb an alle Mitglieder des Zentralverbandes die dringende Aufforderung, das Baugewerbe in diesem seinen Kampfe mit allen Mitteln und Maßnahmen zu unterstützen. Gleichzeitig wird den Verbandsvereinen wiederholt die rechtzeitige Anbahnung von Schutzverträgen an Hand der vom Zentralverband aufgestellten Grundlinien empfohlen.“

Aus der chemischen Industrie. Das chemische Proletariat und die preussische Gewerbeinspektion.

So gewaltig entwickelt die chemische Industrie Preussens ist, so gewaltig müssen sich offenbar die Fabrikinspektoren in acht nehmen, wenn sie bei ihren Aufsichtstouren der mächtigen Industrie-nähe. Auch dieses Jahr sind die Berichte der preussischen Gewerbeämter für 1909, die unser Blatt im allgemeinen bereits besprochen hat, für den Erforscher chemischer Arbeiterverhältnisse höchst leer und unergiebig. Man sollte es nicht für möglich halten, und doch ist es so: über die Arbeitszeit, die Lohnverhältnisse und Lebensbedingungen der rund 100 000 chemischen Arbeiter Preussens ist dem 816 Druckseiten starken Bande, den der Jahresbericht darstellt, so gut wie nichts zu entnehmen. Sogar das Inhaltsverzeichnis ist dort, wo es die chemischen Betriebe betrifft, höchst unvollständig und licherlich gearbeitet; es verwechselt eine ganze Masse von Seitenzahlen und führt einige von den wichtigsten Angaben der Inspektoren gar nicht an. So nebenbei diese Behandlung der chemischen Arbeiter im Inhaltsverzeichnis ist, so kennzeichnet sie doch ganz vortrefflich die unglückliche Verachtung, die man in Preußen amtlich dem chemischen Proletariat entgegenbringt. Im wesentlichen beschränken sich die Mitteilungen der preussischen Aufsichtsbeamten aus dem reichen Arbeiterleben der Giftkütten im Jahre 1909 auf Unfallnotizen und wenige Bemerkungen über chemische Gewerkrankheiten.

Die besondere Jahresaufgabe, die den Aufsichtsbeamten für 1909 gestellt war, hätte ihnen Gelegenheit geben müssen, gerade in die tiefsten des chemischen Arbeiterlebens hineinzuleuchten. Sie sollten die Unfallhäufigkeit in der Nacht- und in der verlängerten Tagsschicht (Neberschicht) eingehend prüfen. Welche Feststellungen über Anstrengung, Ermüdung und Unterernährung hätten die Beamten hier machen können! Statt dessen begnügen sie sich mit der Erhebung und Veröffentlichung ganz oberflächlicher Ziffern. Der Kölner Inspektor z. B. ist fest davon überzeugt, daß die Unfallhäufigkeit in der Nachtschicht für alle Gewerbe ganz wesentlich niedriger ist, als in der Tagsschicht, weil der Betrieb nachts nicht so intensiv ist, wie am Tage. Noch weniger hat der Beamte für Wiesbaden gefunden. Ihm unterstehen bekanntlich die großen Farbwerke von Höchst. Aber er konnte irgendeinen Zusammenhang zwischen der Art und den Ursachen der Unfälle und der Nachtarbeit nicht erkennen. Etwas mehr in die Einzelheiten geht der Inspektor für Merseburg. Er betont ganz richtig, daß die Verhältnisse in den einzelnen Industriezweigen verschieden liegen und in gewissen Fabriken die Unfallziffer in der Nacht ebenso hoch oder sogar noch höher als diejenige in der Tagsschicht ist. So zeigten die chemischen Fabriken in seinem Bitterfelder Bezirk nachts auf 100 Arbeiter 9,3 Unfälle oder 2,2 Prozent mehr als in der Tagsschicht. Auch der Breslauer Inspektor muß verzeichnen, daß die chemische Industrie seines Bezirks an den nächtlichen Unfällen der letzten Jahre mit dem höchsten Prozentsatz von allen Gewerben beteiligt ist. Er zieht daraus wenigstens den Schluß, daß die Inspektion scharfer gegen die mangelhafte Beleuchtung der Betriebsstätten vorgehen muß, um die nächtlichen Unfallgefahren zu mindern. Die Michtigkeit dieser Beobachtung bestätigt der Düsseldorf-Beamte mit den Worten: „Als Ursache für die beim Nachtbetrieb sich ergebende Vermehrung der Unfälle kommt in erster Linie die geringere körperliche Frische der Arbeiter infolge unzulänglicher Ruhe am Tage in Betracht. Weiter wird namentlich in der chemischen Industrie die Unfallgefahr in der Nachtschicht durch die weniger günstigen Beleuchtungsverhältnisse beeinflusst.“ Im Düsseldorf-Bezirk kamen auf hundert Arbeiter der chemischen Industrie 5,2 Unfälle in der Tagsschicht, aber 8,4 Unfälle in der Nachtschicht. Sehr tief gehen auch diese Bemerkungen und Beobachtungen der Beamten, die etwas scharfer zuzuhören, noch nicht, aber sie zeigen doch, daß dem Kapitel der chemischen Nachtarbeit sehr viel wichtigere soziale Seiten abzugewinnen sind, als dies die meisten preussischen Inspektoren fertig gebracht haben.

Was die chemischen Gewerkrankheiten anbelangt, so feiert die Agitation unseres Verbandes in den diesjährigen preussischen Inspektionsberichten einen großen Triumph. Dieser Triumph besteht darin, daß wir die königlich preussische Gewerbeinspektion endlich gezwungen haben, zum ersten Male öffentlich von den Verheerungen Notiz zu nehmen, welche die Anilinarbeit an den Geschlechtsorganen und der Mannbarkeit ihrer Opfer anrichtet. Viele Jahre lang schwebte die amtliche Gewerbeaufsicht über diese fürchterlichen Wirkungen einer bestimmten chemischen Arbeit. Dieses Schweigen war nicht mehr aufrecht zu erhalten, seitdem durch unsere erste Konferenz chemischer Arbeiter Deutschlands von Pfingsten 1909 die Scheußlichkeit jener Anilinkrankheit aller Welt enthüllt wurde. Jetzt berichtet der Wiesbadener Inspektor folgendes:

„Derartige Blasenentzündungen, die im allgemeinen nur selten beobachtet werden, sind in den letzten fünfzehn Jahren unter den Arbeitern der Anilinfabrik verhältnismäßig häufig festgestellt worden, so daß es in hohem Grade wahrscheinlich ist, daß ihre Entstehung in ursächlichem Zusammenhange mit der Art der Arbeit oder mit der besonderen Wirkung der Arbeitsstoffe steht. Die drei ersten Fälle hat Professor Rehn in Frankfurt a. M. unter den Fabrikarbeitern der Höchst-Farbwerke gefunden und auf dem Gynäkologenkongresse im Jahre 1895 näher beschrieben. Er wies schon damals darauf hin, daß die Entstehung der Tumoren wohl auf die Wirkung des Anilins zurückzuführen sei. Es ist ja bekannt, daß Anilin nicht selten Reizwirkungen auf die Harnblase ausübt, die sich als Harnröhren-, blutiger Harn, Blutharnen, Strangurie zeigen. Nachfeld, Fabrikarzt

der vormals Dehler'schen Anilinfabrik in Offenbach, beobachtete bei 63 Anilismuskeln, von denen 38 so leicht verliefen, daß die betroffenen Personen weiterarbeiteten, 16 Fälle an Strangurie. Nachdem durch die Rehn'schen Beobachtungen die Aufmerksamkeit der beteiligten Kreise auf das Vorkommen der Blasenentzündung bei Anilinarbeitern gelenkt war, ist eifrig danach geforscht. Ganz besonders ist dies aber von den höchsten Farbwerken geschehen, denen allerdings für ihre unausgesetzten Bemühungen, statt Anerkennung meist nur Unannehmlichkeiten und Angriffe zuteil geworden sind. In den Farbwerken wird z. B. seit Jahren jeder verdächtige Fall mit dem Urin-Spiegel untersucht. Im Jahre 1904 ist — gleichfalls auf Anregung der Farbwerke — in 18 Anilinfabriken eine Sammelforschung über das Auftreten der Blasenentzündung veranstaltet. Dabei sind im ganzen 38 Fälle ermittelt worden, von denen 18 mit dem Tode geendet hatten, während 17 operiert waren. Von den operierten Personen lebten damals noch 11; aber 3 hatten schon einen Rückfall. In diesen 38 Fällen sind jetzt noch 4 neue hinzugekommen. Die meisten Tumoren sind bei Arbeitern vorgekommen, welche mit Anilin, Naphthylamin und deren Homologen zu tun hatten; allein sieben sind unter den Arbeitern, welche bei der Darstellung von Benzidin beschäftigt waren, beobachtet. Bei Arbeitern, welche ausschließlich mit Nitroverbindungen zu tun hatten, sind bis jetzt keine Tumorerkrankungen ermittelt. Diese traten meistens bei solchen Arbeitern auf, die bereits lange Jahre in den Anilinfabriken gearbeitet hatten. Dagegen sind bisher nur wenige Fälle ermittelt, bei denen die Erkrankung nach kurzer Beschäftigungsbauer aufgetreten ist. Man konnte ferner bei sorgfältig geführten Krankenbüchern fast immer feststellen, daß die Erkrankten einige Jahre oder Monate vorher an Blasenentzündungen gelitten hatten. Es ist daher anzunehmen, daß die Tumoren durch langandauernde wiederholte oder ständige Reizungen der Blase entstehen. Aus dieser Erkenntnis ergeben sich auch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Erkrankung. Sie sind die gleichen wie für die Bekämpfung der akuten Anilismuserkrankungen und laufen in der Hauptsache darauf hinaus, daß die Arbeiter vor jeder Berührung mit den verdächtigen Stoffen oder deren Dämpfen geschützt werden. Bei besonders gefährdeten Betrieben kann außerdem noch ein — vielleicht jährlicher — Wechsel der Arbeiterchaft in Frage kommen. Diese Maßnahmen, die in den höchsten Farbwerken durchgeführt sind, seitdem der Zusammenhang der Erkrankungen mit den Arbeitsstoffen wahrscheinlich geworden war, haben dort auch den gewünschten Erfolg gehabt; denn seit 1904 sind unter den Arbeitern weder Blasenentzündungen noch Blasenblutungen beobachtet.

Da erfahren wir also auf einmal, daß die ersten Fälle der fürchterlichen Krankheit bis in die 90er Jahre zurückliegen und daß sie in den letzten 15 Jahren „verhältnismäßig häufig“ vorlaken! Infolgedem schwingt die Fabrikinspektion so lange Zeit, bis sie trotz der Veröffentlichungen unseres Verbandes nicht länger schweigen konnte. Anträge zur gesetzlichen Bekämpfung des Übels hat sie natürlich auch nicht gestellt, und was sie jetzt vorschlägt, ist noch immer höchst ungenügend. Der Arbeiterklub gegen Anilismus soll völlig den Kapitalisten überlassen bleiben. Das genügt in keiner Weise. Schreibt doch derselbe Wiesbadener Beamte auf der nächsten Seite seines Berichts ganz richtig selber, wie schwer es sei, sogar die Beachtung gesetzlicher Schutzvorschriften in chemischen Betrieben, wie z. B. die regelmäßige Reinigung des Körpers zu erreichen, sobald der Betriebsleiter dabei nicht mitzuhelfe. Offenbar hat der Beamte sehr schlechte Erfahrungen mit dem Verständnis chemischer Betriebsleiter für die Durchführung des gesetzlich schon eingeführten Arbeiterschutzes gemacht. Er verlangt deshalb, daß den Aufsichtsbeamten die Besugniss gegeben wird, ungeeignete Betriebsleiter zu entfernen oder einen solchen Betrieb so lange zu schließen, bis seine Leitung einer geeigneten Person übertragen ist. Ein ganz vorzüglicher Vorschlag, auf dessen Verwirklichung gerade für die chemischen Betriebe die preussische Inspektion hoffentlich energisch besteht! Aber wenn der Beamte hier mit Recht ein so kräftiges Eingreifen der Schutzbehörden für nötig erklärt — wie kann er dann glauben, daß die fürchterliche Krankheit der Blasenentzündung bei Anilinarbeitern von den Unternehmern allein ohne ganz strenge gesetzliche Vorschriften bekämpft werden würde? Das ist ausgeschlossen. Nach ist die Angabe irrig, daß bei Höchst-Farbwerken seit 1904 keine Blasenentzündungen mehr vorgekommen seien. Uns sind aus den letzten Jahren und Monaten mehrere neue Fälle bekannt geworden. Es wird also höchste Zeit, mit klaren gesetzlichen Vorschriften einzugreifen, wenn sich Staat und Gewerbeaufsicht nicht direkt mitschuldig an dieser kapitalistischen Verwüstung deutscher Manneskraft machen wollen.

So vorsichtig und wortkarg also die preussische Gewerbeinspektion bei ihrer Berichterstattung über die chemischen Arbeiterverhältnisse diesmal auch wieder ist, so wenig hat sie verhindern können, daß das fürchterliche chemische Arbeiterelend Preussens selbst aus den knappen Zeilen herauschaut, die sie ihm nur widmen zu dürfen glaubte. Wie ganz anders würde die Gewerbeaufsicht erst wirken können, wenn sich die Arbeiter den nötigen Einfluß auf sie erkämpft hätten!

Vom Zündholzarbeiterelend.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Unternehmerteilen der Zündholzindustrie geschrieben: „Von den durch die Reichsfinanzreform belasteten Industrien dürfte wohl keine einzige so schwer getroffen worden sein wie die Zündholzindustrie. Während bei den Zigarrenfabriken sich wieder eine Besserung bemerkbar macht, liegt der Zündholzmarkt wie tot da. Ein Hauptgrund für diese Stagnation ist darin zu finden, daß die Reichsregierung seitens der Zündholzsteuer nicht sofort, sondern erst nach einigen Monaten einführte. Hierdurch war der Spekulation Tür und Tor geöffnet. Die deutschen Fabriken fabrizierten, was sie nur konnten; vom Ausland kam Wagonladung auf Wagonladung

herein, so daß die Konsumenten sich auf lange Zeit hinaus bedenken konnten. Hierzu kommt noch die durch die Verteuerung der Zündhölzer hervorgerufene Sparanleihe und das Ueberhandnehmen der Ertragsteuern. Die Zündholzsteuer soll jährlich 25 Millionen Mark einbringen. In dem Voranschlag für das erste Jahr ist sie mit circa 16 Millionen Mark, also mit 60 Prozent des Bedarfsumsatzes aufgenommen. Was sie in Wirklichkeit bringen dürfte und wie traurig die Lage der Zündholzindustrie zurzeit ist, zeigt die nachfolgende Berechnung des tatsächlichen Abzuges im ersten Jahre. Abgesehen von dem nur unwesentlichen Zimport und Export betrug vor dem Gesetz in normalen Zeiten die Fabrikation in Zündhölzern in Deutschland täglich circa 750 Normalisten, jährlich also etwa 225 000 Kisten. Hiervon gehen zunächst ab durch Verbrauchseinschränkung 20 Prozent = 45 000 Kisten, so daß die deutschen Fabriken mit einem Durchschnittsabzug von 180 000 Kisten für das erste Jahr zu rechnen hätten. Mit diesem Abzug würden die Fabriken dann zu rechnen gehabt haben, wenn das Gesetz sofort in Kraft getreten wäre. Nur sind aber vom Auslande vor der Steuer heringekommen circa 600 Doppelwaggons a 60 Kisten = 36 000 Kisten. Die Mehrproduktion der deutschen Fabriken und die sämtlichen Lager betragen in der Zeit vom 1. Juni bis 30. September 1909 50 000 Kisten. Ferner saßen früher, als die Zündhölzer noch nicht so ins Geld liefen, immerhin solche Quantitäten bei den Wiederverkäufern, Großhändlern und Detailhändlern. Im Durchschnitt war stets der Verbrauch von zwei Monaten (= 36 000 Kisten) vorräglich. Mit Rücksicht darauf, daß am 1. Oktober eine vollständig neue Aera für die Zündholzindustrie begann, sollte man meinen, daß die 38 000 Kisten sofort wieder auf die Lager gekommen wären. Dies war in Wirklichkeit nicht der Fall, sondern wegen der Preissteigerung nimmt sich jeder nur ein viel kleineres Quantum wie früher auf Lager, so daß man auch hier mit einem Ausfall von mindestens 24 000 Kisten zu rechnen hat.

Es beträgt somit der Ausfall im ersten Jahr:

Vom Auslande heringekommen	36 000 Kisten,
Mehrproduktion der deutschen Fabriken infolge des	50 000 „
geheiligten Abzuges der Großhändler	24 000 „
Ausfall in Lagerverräten im Zwischenhandel	24 000 „
Zusammen	110 000 Kisten.

Danach bleibt ein tatsächlicher Abzug von nur 70 000 Kisten für das erste Jahr, d. h. 31 Prozent der Staatsloantengate, während die Regierung fürs erste Jahr mit 60 Prozent gerechnet hatte! Berücksichtigt man nun, daß die Fabriken durchweg infolge der Ueberproduktion vor dem Gesetz in normalen Zeiten nur zu drei Viertel arbeiteten, so ergibt sich eine wirkliche Beschäftigung von zurzeit etwa 23 Prozent. Was es für eine Industrie heißt, nur 23 Prozent Abzug zu haben, wird jeder Industrielle auch in anderen Branchen ermessen können. Das traurigste dabei ist, daß die Zündholzindustrie sozusagen kein Mittel hat, sich durch Export wenigstens etwas zu helfen. Die deutsche Industrie ist nämlich zur Zündholzfabrikation auf das russische Nadelholz angewiesen, das einen hohen Einfuhrzoll kostet und von Rußland hohe Transportkosten verursacht. Die Länder, die den Weltexport in Zündhölzern beherrschen, fabriizieren zu wesentlich billigeren Preisen und unter wesentlich günstigeren Bedingungen, so daß Deutschland außerstande ist, auf dem Weltmarkt Erfolg für den Ausfall im Lande zu finden. Hier müßte die Regierung eingreifen, indem sie der Zündholzindustrie für die exportierten Zündhölzer die Rohmaterial-Einfuhrzölle zurückvergütet. Eine weitere zwecklose Härte des Gesetzes ist die, daß die Kontingente der Zündholzfabriken auf den Fabriken haften und nicht übertragbar sind. Wären sie übertragbar, so hätten wohl manche größeren Gesellschaften andere Fabriken aufgekauft und stillgelegt, um so wenigstens in der Hälfte der Betriebe eine einigermaßen rentable Fabrikation zu haben.

Es soll gar nicht bestritten werden, daß dieses Unternehmerelend eine gewisse Berechtigung hat. Gewiß haben die Unternehmer unter dem verminderten Abzug zu leiden. Aber die „Not“ der Herren wird bald vorüber sein. Sobald die Vorräte aufgezehrt sind, steigt die Nachfrage und damit Abzug und Gewinn. Auch den durch den Rückgang des Verbrauchs verursachten Gewinnsausfall bringen die Unternehmer durch die Preissteigerung, die sie inzwischen angenommen haben und die ihnen durch die Monopolbestimmung des Zündholzgesetzes erleichtert wird, wieder herein. Anders steht es mit den Arbeitern. Diese haben den der Produktionsseinschränkung entsprechenden Lohnausfall ein und haben keine Aussicht, diesen Ausfall etwa durch Steigerung des Preises ihrer Arbeitskraft wieder ersetzen zu können. Und die Verbrauchsminderung wird bei ihnen in Form einer Einschränkung der Arbeitsgelegenheit dauernd fühlbar bleiben. Nur wenn die Arbeiterchaft der Zündholzindustrie sich endlich aufrafft und dem Beispiel ihrer Unternehmer folgt, d. h. sich vollständig dem Verband anschließt, wird es ihr möglich sein, durch angemessene Bewertung ihrer Arbeitskraft wenigstens einen Teil des Schadens, den ihnen das schwarz-blaue Zündholzgesetz gebracht hat, auf die Schultern der Unternehmer zu legen. Vor allem aber dürfen sie nicht vergessen, daß ihnen das „arbeiterfreundliche“ Zentrum diese traurige Suppe gekocht hat.

Krisenprofite im Mannheimer Industriegebiet.

In den letzten Wochen haben die Vorstände, Aufsichtsräte und Generalversammlungen der Aktiengesellschaften die schwere Arbeit des „Teilens“ erledigen müssen. Es galt, die Gewinne, die im Jahre 1909 an die Arbeiter herausgeholt wurden, in Form von Dividenden an die Aktionäre auszuqulchten. Daß die Krise des Jahres 1909, die den Arbeitern noch sehr fühlbar wurde, die Gewinnergebnisse der Unternehmungen nur sehr wenig berührt hat, zeigt folgende Zusammenstellung der Gewinnergebnisse einer Anzahl Firmen aus dem Mannheimer Industriebezirk. Demnach ergielten:

Firma	Reingewinn	Dividende	Proz.
Zündholzfabriken Lauenburg-Rheinau	?	6	6
Fein säure- und Glycerinfabrik Mannheim	77 988	10	10
Tonwarenindustrie Wiesloch	115 920	5 1/2	5 1/2
Mannheimer Gummi-, Guttapercha- und Asphalt-Fabrik A. G. Mannheim	299 862	10	10
Deutsche Steinzeugwarenfabrik für Kanalisation u. chemische Industrie Friedrichsfeld	655 199	15	15
Hedderheimer Kupferwerke Frankfurt und Süddeutsche Kabelwerke Mannheim	868 992	7	7
Verein Chemischer Fabriken in Mannheim	1 777 091	20	20
Chemische Gummi- und Sulfonidfabrik Mannheim-Neckarau	2 512 672	?	?
Portlandzementwerke Heidelberg-Mannheim	3 656 030	10	10
Zellulosefabrik Waldhof	4 238 072	15	15

Die Zündholzfabriken Lauenburg-Rheinau erhöhten ihre Dividende von 3/4 auf 6 Prozent; diese Dividendensteigerung zeigt, daß die Fabrik die Folgen der Zündholzsteuer nicht sehr fürchtet. Die Preissteigerung mit Hilfe des Syndikats wird nämlich dazu führen, daß die Unternehmer von der Zündholzsteuer noch einen erheblichen Nutzen haben. Die Fein säure- und Glycerinfabrik steigerte die Dividende von 5 auf 10 Prozent; das Gewinnergebnis ist bei dieser Firma, welche nur 30 Arbeiter beschäftigt, ein geradezu glänzender Beweis für die Rentabilität der chemischen Industrie. Bei der Deutschen Steinzeugwarenfabrik in Friedrichsfeld erhöhte der Reingewinn von 392 470 Mt. auf 485 645 Mt., wozu noch ein Vortrag aus 1908 von 169 345 Mt. getreten ist, der zu außerordentlichen Abschreibungen auf das Fabrikationsanlagen-, Rohmaterial-, Inventar-, Adressen- und Form-Konto verwandt wurde; so daß sich auch diese Konten auf je 1 Mt. ermäßigen. Die Dividende betrug 15 Prozent (d. h. 14 Prozent). Der Verein Chemischer Fabriken in Mannheim macht einen Mehrertrag von 24 621 Mt. gegen das Vor-

Jahr, die Rheinische Gummi- und Zellulosefabrik Mannheim-Medard...

Der gesamte Reingehalt der neun oben angegebenen Firmen...

Die Handelskammer für den Kreis Mannheim konstatiert in...

Den Inhabern der Rheinischen Gummi- und Zellulosefabrik...

Das die Lohnverhältnisse der Arbeiter in vielen Betrieben...

Solche Worte der Unternehmung, gesprochen von einem Unter...

Zweiter neuer Dividendenbesitz!

Der Gewinn aus der Ausnutzung der Gemischen ist leicht be...

Table with 2 columns: Name of company and percentage of share.

Und wenn handelt es sich um folgende Punkte gegen das Vor...

X Chemisches Unfallrisiko.

Zusammenhang zwischen dem chemischen Unfallrisiko...

Die große Gefährlichkeit des Schwefelkohlenstoffes trat...

gesunden hat. Richtig soll der Herrgotts Arbeiter sein...

X Französischer Ländholzarbeiterstreik.

Aus dem wilden Frankreich kommen zwei sozialpolitische...

Zweitens hat die Regierung der französischen Republik durch...

Sind also die "Wilden" und Republikaner am Ende nicht doch...

X Egefn. Vor einiger Zeit reichten sämtliche Maschinenf...

X Magdeburg. Bei der Firma Thurn u. Besche, Kaufmann...

Unter Ausnutzung des ersten Jahres bis dahin hat Herr...

Drohungen mit der Hungerpeitsche die Arbeiter von dem Besuch...

Aus der Papierindustrie. Sind „Papiermacher“ gelernte Berufsarbeiter?

Es scheint mir sehr angebracht, diese Frage einmal in etwas...

Bergewärtig man sich, daß in den deutschen Papierfabriken...

Es ist der konträre Geist, gepaart mit einem patriarchalischen...

In jeder Papierfabrik hat man zwei Hauptkategorien von Ar...

Berfolger wir also einmal den Werdegang dieser Papiermacher...

Die Ausbildung erfolgt durch die Praxis. Der in einer Papier...